

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949**

70 (8.10.1949)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittig. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65, durch die Post 1.65 zuzüglich 36 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landsmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 8. Oktober 1949

97r. 70

## Grotewohl bildet Ostregierung

„Provisorische Volkskammer“ nimmt Verfassung der „Deutschen Demokratischen Republik“ an.  
Pieck fordert Abschaffung des westdeutschen Staates

Berlin (TP). Im Sowjetsektor von Berlin fand am Freitag die angekündigte Sitzung des sogenannten Volksrates statt. Volksratspräsident Wilhelm Pieck gab die Umbildung des Volksrates zu einer Provisorischen Volkskammer bekannt. Die endgültige Volkskammer soll am 15. Oktober 1950 gewählt werden. Durch einstimmigen Beschluß wurden bestimmt: Die formelle Bildung der Volkskammer, das Inkraftsetzen der Verfassung der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“, die vom Volksrat ausgearbeitet wurde und die Bildung einer Provisorischen Regierung, die bis zu den Wahlen am 15. Oktober 1950 im Amt bleiben wird.

Der Ostzonenregierung gehören an: ein Ministerpräsident, drei stellvertretende Ministerpräsidenten und vierzehn Minister. Zum Ministerpräsidenten wurde der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl gewählt. Der Präsident der Volkskammer, Johann Diekmann, gab Grotewohl den Auftrag, sofort eine Regierung zu bilden.

Der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck verlas ein Manifest der „Nationalen Front“ das u. a. folgende Forderungen umfaßt:

Abschaffung des Westdeutschen Staates, Abschaffung des Ruhrstatus, Außerkraftsetzung des Autonomiestatus für das Saargebiet, Einsetzung einer deutschen demokratischen Regierung, Einstellung der Demonstrationen, Zurückziehung der Besatzungstruppen, Proklamierung Berlins als der Hauptstadt Deutschlands.

Das Manifest richtet dann an alle Deutschen einen Appell, gegen die Europäische Union, gegen den Nordatlantischen Vertrag, gegen die Kriegsbündnisse sowie gegen die deutschen Verräter im Dienste der amerikanischen Imperialisten und gegen die deutschen Separatisten zu kämpfen.

Nach der Verlesung beantragte Präsident Pieck eine Debatte über dessen Inhalt. Als erster Redner ergriff der sich mit Pieck in die Leitung der SED stellende Otto Grotewohl das Wort. Nach ihm sprach der Vorsitzende der CDU der Ostzone, Otto Nuschke. Dieser gab der Hoffnung Ausdruck, daß eines Tages eine freie deutsche Regierung, die vor ihrer Bildung stehe, auf ganz Deutschland ausgeht werde.

Hierauf wurde nach kurzer Diskussion das Manifest durch den deutschen Volksrat einstimmig gutgeheißen. Dann nahm nach einer weiteren Rede des Vorsitzenden die Versammlung eine Reihe von Resolutionen an. U. a. wird der Rat der Außenminister im Namen des gesamten deutschen Volkes aufgerufen, sobald wie möglich einen Friedensvertrag abzuschließen und alle Besatzungstruppen zurückzuziehen. In einer zweiten Resolution werden die Landtage der fünf ostdeutschen Länder aufgefordert, ein weiteres Jahr im Amt zu bleiben und am Montag Vertreter nach Berlin zu entsenden zur Bildung der 2. Kammer des Oberhauses.

In seinem Schlußwort erklärte Wilhelm Pieck u. a.: „der deutsche Volksrat habe nunmehr aufgehört zu bestehen. An seiner Stelle sei das Parlament der Deutschen Demokratischen Republik errichtet worden.“ Bezeichnend war seine Äußerung, die Flüchtlinge in der Bundesrepublik sollten den Gedanken aufgeben, die verlorene Heimat wieder zu gewinnen.

Die Bevölkerung in der Sowjetzone ist, wie unser Berliner TP-Korrespondent weiter meldet, über die Vorgänge des Freitags außerordentlich beunruhigt.

Zahlreiche Mitglieder der ostzonalen CDU haben bereits dagegen protestiert, daß die Wahlen in der Ostzone für ein ganzes Jahr verschoben worden sind.

Der Berliner Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr hat für Samstag eine außerordentliche Sitzung des Berliner Stadtparlaments einberufen. In dieser Sitzung soll die politische Lage, die durch die Ereignisse im sowjetischen Besatzungsgebiet entstanden ist, erörtert werden.

**Ostregierung ohne legale Grundlage**  
Eine Erklärung des Bundeskanzlers — Bonn blickt nach Berlin

Von unserem TP-Korrespondenten

v. W. Bonn. „Die Bildung eines Oststaates erfolgt ohne Zusammenhang mit der Bevölkerung der Ostzone, die keine Gelegenheit erhalten hat, ihren Willen zu äußern“, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer am Freitagabend in Bonn.

„Das bedeutet, daß einem solchen Oststaat die einzige Legitimation fehlt, die einem Staatswesen eine legale Grundlage geben kann, nämlich die Legitimation durch das Volk.“ Weiter äußerte der Kanzler: „Eine Ostzonen-Regierung repräsentiert nicht den Willen der Ostzonen-Bevölkerung. Umso weniger kann sie Anspruch darauf erheben, in gesamtdeutschen Fragen zu sprechen. Die Bundesrepublik Deutschland muß angesichts des Versuches, die 18 Millionen Einwohner der Ostzone noch stärker als bisher frem-

dem Einfluß zu unterwerfen, mit allen Kräften dahin wirken, der Ostzonen-Bevölkerung wenigstens die geistige und moralische Unterstützung in ihrem harten Los unter fremder Herrschaft zu geben, bis eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands möglich ist.“

Nicht mit einem Gefühl der Überraschung, wohl aber mit sehr ernster Besorgnis waren am Freitag die Blicke aller in Bonn anwesenden Regierungsmitglieder, Politiker und Parlamentarier nach dem Osten gerichtet. Die in Vorbereitung befindliche Ostzonen-Regierung wird als das Instrument einer Politik betrachtet, die über kurz oder lang zur Stabilisierung eines ostdeutschen Staates führen muß, wobei z. B. der erste Vertrag des Westens, mit Ostdeutschland abgeschlossen, von der Ostregierung als Legalisierung ihrer Existenz und ihrer Tätigkeit aufgefaßt werden würde. Mit welcher Vorsicht deutsche Stellen diese ernste Entwicklung beurteilen, geht aus dem Umstand hervor, daß es Bundeskanzler Adenauer nach eingehenden Erörterungen mit seinem Kabinett und seinen politischen Freunden in Bonn abgelehnt hat, zu der neuen Entwicklung in einer Rundfunkansprache Stellung zu nehmen und ein kurzes Kommuniqué einer Erklärung am Lautsprecher vorzuzug.

Die Frage des interzonalen Handels-Vertrages wird der erste Prüfstein der westalliierten Haltung sowie Westdeutschlands gegenüber Ostdeutschland sein. Man ist sich im Klaren darüber, daß die Unterzeichnung dieses Vertrages 24 Stunden vor der

Konstituierung der Ostregierung keinen politischen Beigeschmack haben würde, daß jedoch westdeutsche Unterschriften, gegeben nach den Vorgängen in Berlin, einen staatspolitischen Akt zugunsten des ostdeutschen Regimes darstellten. Ein amtlicher und der Regierung nahestehender Kommentator schrieb Freitagabend in Bonn in diesem Sinne: „Der Mann auf der Straße wird nicht imstande sein, das Rätsel zu lösen, wieso der Westen einestheils die Ostregierung als nicht legal betrachtet, sie andererseits aber durch Verträge hoffähig macht.“

Bonn denkt an ganz Berlin und hält es für möglich, daß bei einer Erklärung Ostberlins zur ostdeutschen Hauptstadt die Russen ihre Truppen ebenso zurückziehen, wie es die Westalliierten in Bonn tun bzw. tun werden. Könnten — so fragt man sich hier — die Westalliierten diese sowjetische Geste in Ostberlin in ihren eigenen Sektoren unbeachtet lassen? Und was würde geschehen, wenn die Westalliierten ihrerseits ihre Truppen aus Berlin herausnehmen würden?

Dynamik und Methodik der sowjetisch gestützten SED-Politik werden in Bonn nicht unterschätzt, wenn man an das Schicksal Berlins denkt. Nur eine beschleunigte Herstellung einer 100%igen westdeutschen Regierungs-Autorität im Bundesgebiet und damit die Schaffung eines politischen Magnets im Westen, so sagen die Bonner Kommentatoren, sind in der Lage, eine politische Kompensationsmöglichkeit zu den Ereignissen zu schaffen, die sich in den letzten 24 Stunden in der Ostzone abgespielt haben.

## Gemeinsames Oberkommando

Oesterreich-Beratungen werden fortgesetzt

Washington (TP). In der Sitzung des Verteidigungsrates der Atlantikpaktstaaten in Washington ist ein gemeinsames Oberkommando der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs gebildet worden. Für dieses Oberkommando wurden von den Vereinigten Staaten General Bradley, für Großbritannien General Sir Morgan und für Frankreich General Eliebs nominiert. Das Oberkommando wird seinen ständigen Sitz in Washington haben.

Außenminister Bevin trat am Freitagvormittag seine Rückreise von New York nach Großbritannien auf dem Schnelldampfer „Queen Elizabeth“ an. Er hatte vorher Besprechungen mit den Außenministern der USA, Frankreichs und Rußlands über den Staatsvertrag mit Österreich. Die Sonderbeauftragten der Außenminister wurden angewiesen, ihre Beratungen über den Staatsvertrag fortzusetzen, um den Außenministern in 14 Tagen Bericht zu erstatten. Neun Klauseln des Staatsvertrages sind noch unerledigt, darunter die Klausel über den russischen Anteil an den künftigen Erdölgebieten Österreichs.

Westalliierte Kommandanten berieten

Berlin (TP). Die Berliner Kommandanten der drei Westmächte hatten am Freitag eine vertrauliche Sitzung. Von amtlicher britischer Seite wurde eine Erklärung darüber abgelehnt, was auf der Sitzung zur Debatte stand. Man nimmt als sicher an, daß sich die Besprechungen mit den Fragen befassen, die sich aus der Bildung einer ostdeutschen Regierung ergeben können.

Ein Sprecher der Hohen Kommission erklärte am Freitagabend zur Berliner Frage, die Alliierten wüßten, daß Berlin grundsätzlich nur in direkter Vereinigung mit dem Bundesgebiet wirtschaftlich gesund und bestehen könne. Sie hielten jedoch eine Angliederung auf Grund der 4-Mächte-Abkommen vorläufig nicht für realisierbar. Der Sprecher betonte, daß sich auch für die Westmächte eine völlig neue Lage in der Berliner Frage ergeben werde. Nach Ansicht der alliierten Beamten werde eine Abstimmung notwendig werden, die Möglichkeit erneut zu erörtern, Westberlin in das Bundesgebiet einzubeziehen.

## „Säuberungsaktion“ in Prag

Zahlreiche Verdächtige verhaftet - Schießereien in Prag

Prag (TP). In der ganzen Tschechoslowakei ist im Augenblick eine „Säuberungsaktion“ im Gange. Polizeistreifen durchkämmten ganz Prag und kontrollierten den gesamten Verkehr von und nach der tschechoslowakischen Hauptstadt. Alle Personen, gegen die aus irgend einem Grunde Verdacht bestand, insbesondere Mitglieder nichtkommunistischer Parteien und Katholiken, wurden verhaftet. Aus verschiedenen Stadtteilen Prags werden Schießereien gemeldet.

Unter den Festgenommenen sollen sich zahlreiche Angestellte von Ministerien befinden, die einer „Verbindung mit dem Westen“ oder „trotzkistischer Gesinnung“ verdächtig sind. Auch in verschiedenen Städten Mährens und der Slowakei fanden ähnliche polizeiliche Aktionen statt. Amtliche Prager Stellen haben zu diesen Vorgängen bisher keine Erklärung abgegeben.

Der russische Botschafter in der Tschechoslowakei, Sillin, hat sich, wie verlautet, nach Moskau begeben. Der Zweck seiner Reise ist unbekannt.

Gegen Verletzung der Menschenrechte

Durch Rumänien, Bulgarien und Ungarn

Washington (TP). Der britische Kronanwalt Sir Hartley Showcross brachte vor dem Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen den britischen Standpunkt gegenüber den Verstößen der rumänischen, der bulgarischen und der ungarischen Regierung gegen die Menschenrechte zum Ausdruck.

Sir Showcross empfahl, die Angelegenheit dem Weltgerichtshof zu übergeben. Er wies auf die jüngsten Ereignisse in den genannten Ländern hin und erklärte, viele politisch Andersdenkende seien verhaftet, aber niemals vor Gericht gestellt worden, es sei

den, daß sie eine Schuld eingestanden hätten. „Wenn sie kein Geständnis ablegen“ — so sagte der britische Kronanwalt — „hört die Welt nichts mehr von ihnen. Wenn sie jedoch gestehen, dann geben sie Erklärungen ab, deren Wert etwa dem Geständnis jenes bulgarischen Geistlichen entspricht, der zugab, mit einem britischen Beamten zusammengekommen zu sein, der in Wirklichkeit an dem in Frage kommenden Zeitpunkt sich nicht in Bulgarien befunden hat.“

Demonstrationen in Frankreich

Gegen hohe Preise und niedrige Löhne — Noch keine Lösung der Regierungskrise

Paris (TP). Der Präsident der französischen Republik, Auriol, führte am Freitag Besprechungen mit Politikern über die Bildung einer neuen Regierung. Anschließend erklärte der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, eine endgültige Beschlußfassung würde vielleicht am Samstagnachmittag bekanntgegeben werden.

In mehreren französischen Städten kam es zu Demonstrationen gegen die hohen Preise und niedrigen Löhne. Der kommunistisch organisierte französische Gewerkschaftsverband CGT hat sich bereit erklärt, die christlichen Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen zu unterstützen. Gemeinsame Besprechungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen sind vorgesehen. Die sozialistische Gewerkschaft der „Forces ouvrières“ hat eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten abgelehnt.

Der Londoner liberale „News Chronicle“ erklärt zu der bevorstehenden Neubildung der französischen Regierung u. a.: „Da eine Koalition der Mitte die einzig denkbare Kombination ist, in der die Kammer über eine ausreichende Mehrheit verfügen würde,

sieht es so aus, als ob Frankreichs nächste Regierung sich nicht wesentlich von der bisherigen unterscheiden wird.“

Israel braucht Auslandskapital

Zur Förderung der industriellen Entwicklung

Tel Aviv (TP). Seit seiner Gründung hatte der Staat Israel eine Einwanderung von über 200 000 Juden zu verzeichnen. Für die kommenden 10 Jahre rechnet man mit einem weiteren Zustrom von 1 Million. Das bedeutet eine Verdoppelung der Bevölkerung Israels und stellt ungeheure Anforderungen an das Produktionskapital des neuen Staates.

Vorläufig hat der neue Staat von der amerikanischen Ex- und Importbank einen Kredit von 100 Millionen Dollar erhalten. Dazu kamen große Geschenkbeträge aus dem Ausland. Auf längere Sicht ist all das jedoch unzureichend. Die Einwanderung der kommenden 10 Jahre wird wahrscheinlich Aufgaben in Höhe von 2½ Milliarden Dollar mit sich bringen. Eine Milliarde glaubt man durch Auslandsgeschenke decken zu können und ein entsprechender Betrag wird außerdem in Form privater ausländischer Investitionen erwartet. Besonders amerikanische Industriekonzerne haben bisher großes Interesse dafür gezeigt, Kapital in Israel zu investieren. Die letzten 500 Millionen Dollar der erwähnten 2½ Milliarden hofft man durch internationale Anleihen verschiedener Art decken zu können.

Zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ist ein Vier-Jahresplan angefaßt, der vor allem eine starke Entwicklung der Industrie, speziell der chemischen, vorsieht. Man beabsichtigt, eine Industrie mit starker Qualitätsprüfung aufzubauen und rechnet mit einem zukünftigen Export von Industriewaren. Zwecks Durchführung des Planes ist eine straffe Rationierung und eingehende Importregulierung notwendig geworden.

VOM TAGE

Aus der KPD ausgeschlossen. Verschiedene Funktionäre der KPD sind wegen Teilnahme am Kongreß für moralische Aufrüstung aus der Partei ausgeschlossen worden. (TP)

Um Aufschub der Demontagen gebeten. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeppen, bat den französischen Hohen Kommissar, die Demontage in den 39 noch auf der Demotageliste stehenden Betrieben der französischen Zone vorläufig einzustellen. (TP)

Der Ministerrat des Europarates wird voraussichtlich Anfang November in Paris zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten. In dieser Konferenz sollen die verschiedenen Resolutionen behandelt werden, über die in der vergangenen Sitzung in Straßburg beraten wurde. (TP)

London berät Antwort an Moskau. Die Britische Regierung berät zur Zeit über die Beantwortung der russischen Note, in der den Westmächten vorgeworfen wird, daß die Bildung der Bundesregierung Deutschland gespalten habe. (TP)

Höchstand der schweizerischen Buchproduktion. Mit 4601 Veröffentlichungen im Jahre 1948 hat das schweizerische Verlagswesen seine bisher höchste Produktionsziffer erreicht. Sie liegt mehr als doppelt so hoch, wie im letzten Vorkriegsjahr. (VWD)

Fällen Beschränkungen gegenüber Westdeutschland? Dänemark erwäge die Möglichkeiten für eine Beseitigung aller Beschränkungen für Importe aus Westdeutschland, meldet „Berlingske Aftenavis“. (VWD)

Türkei nimmt Beziehungen zu Israel auf. Die türkische Regierung beschloß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Staate Israel. Die Ernennung von Gesandten soll demnächst erfolgen. (TP)

Neuer Erfolg der chinesischen Kommunisten. Die gegen Kanton operierenden kommunistischen Streitkräfte sollen die Stadt Kukung kampflos besetzt haben. (TP)

Aus Rußland heimgekehrt. Im Heimkehrerlager Ulm trafen in den letzten beiden Tagen wieder zwei Transporte mit insgesamt 397 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland ein. Die Heimkehrer kommen aus den Lagern Kertsch, Simferopol, Sewastopol, Stalingorok und Moskau. (TP)

Der südbadische Staatspräsident Wohleb ist am Donnerstag nach Paris gereist. Wohleb will in Paris mit dem französischen Hohen Kommissar, François Poncet, Besprechungen führen. (TP)

Schuman wieder in Paris. Außenminister Schuman traf am Freitag aus New York kommend wieder in der französischen Hauptstadt ein. (TP)

Truman antwortet „mit Vergnügen“. Präsident Truman hielt am Donnerstag die 200. seiner wöchentlichen Pressekonferenzen seit seinem Amtsantritt ab. Auf die Frage, ob ihn die unzähligen Fragen nicht irritierten, erwiderte er, daß es ihm im Gegenteil Vergnügen bereite, die Fragen der Presseleute zu beantworten. (TP)

# Neuer Flüchtlingsstrom?

## Eineinhalb Millionen Anträge für Hausratshilfe

Von unserem TP-Korrespondenten

v.W. Bonn. Die neue Lage in der Ostzone wird einen neuen Flüchtlingsstrom nach dem Westen mit sich bringen, erklärte der Minister für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen, Dr. Hans Lukaschek, am Freitag vor der Bonner Presse. Lukaschek betonte weiter, daß er in seinem ersten Vortrag vor dem Kabinett auf die noch in Polen und in der Tschechien lebenden rund 350 000 Deutschen hingewiesen habe, die zum Teil bereits in Lagern zum Abtransport versammelt sind. Der Bundeskanzler werde diese Frage zum Gegenstand von Besprechungen mit dem britischen hohen Kommissar Robertson machen.

Das Soforthilfegesetz nannte der Flüchtlingsminister nur den ersten Schritt auf dem Wege zu einem gerechten Lastenausgleich. An Unterhaltshilfe-Anträgen seien etwa eine Million eingegangen, während für die Hausratshilfe die überraschende Zahl von 1 1/2 Millionen Anträgen zur Bearbeitung vorliegen. Sehr groß sei aber auch die Zahl der Stundungsanträge aus den Kreisen derer, welche die Beiträge für die Soforthilfe aufzubringen hätten. Dies erkläre sich daraus, daß sich die Wirtschaftslage seit der ersten Verabschiedung des Soforthilfegesetzes im Dezember vorigen Jahres infolge der Verzögerung seiner Genehmigung wesentlich geändert habe.

### Um das Deutschlandlied

Von unserem TP-Korrespondenten

v.W. Bonn. Die gesetzliche Anerkennung des Deutschlandliedes in seiner ursprünglichen, unveränderten Form als Bundeshymne wird von einer Reihe von Abgeordneten der Rechtsbeiräte, unter denen sich Dr. Ott (Notgemeinschaft, jetzt unabhängig) und Dr. Richter (Deutsche Rechtspartei) befinden. In der Begründung des Antrages heißt es: „Der Text von Heinrich Hofmann von Fallersleben ist nicht überheblich und will nicht ein anderes Volk oder einen anderen Staat als zweitrangig degradieren, sondern entspringt einem natürlichen, selbstverständlichen Volksbewußtsein.“

Demgegenüber erklärte Carlo Schmid (SPD) bereits am 29. September 1949 vor dem Bundestag: „Wir wollen kein Lied zur Nationalhymne haben, das dadurch entehrt worden ist, daß man es zwölf Jahre lang zur ersten Strophe des Horst-Wessel-Liedes degradiert hat!“

### Inlandspreis für Kohlen unverändert

Ein deutsches Reisebüro in New York

Bonn (TP). Die Bundesregierung trat am Freitagmorgen unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die von der alliierten hohen Kommission gebilligte Herabsetzung des Exportpreises für Kohlen von 16,1 Dollar auf 12,8 Dollar pro Tonne. Die Bundesregierung will hierzu entsprechende Ausführungsbestimmungen ausarbeiten. Der deutsche Inlandspreis für Kohle bleibt unverändert.

In Verbindung mit der neuen deutschen Kohlenpreis-Regelung hat, wie unser Bonner TP-Korrespondent weiter meldet, die Bundesregierung den hohen Kommissaren einen Antrag unterbreitet, darin rezt sie an, ent-

sprechend dem Dollar-Mindererlös deutscher Exportkohle infolge der durchgeführten Abwertung auch die Dollarbeträge der Abnahmeverpflichtungen (Ziehungsrechte) der am Marshall-Plan teilnehmenden Länder zu kürzen. Das bedeutet, daß die mit den USA im Rahmen des ERP zur Verfügung gestellten Dollarbeträge für den Ausgleich der europäischen Handelsbilanz um den zu erwartenden Mindererlös in der deutschen Kohlenausfuhr verringert werden sollen, weil Westdeutschland einer wirtschaftlichen Belebung Europas durch billige Kohlenpreise entgegenkommt. In einer Erklärung von Wirtschaftsminister Professor Erhard hierzu wird die Erwartung ausgedrückt, daß die hohen Kommissare dem deutschen Vorschlag zustimmen werden.

Die Hobe Kommission billigte ebenfalls einen deutschen Antrag auf Errichtung eines Reisebüros in New York. Es sollen besondere Bemühungen unternommen werden, um das Interesse für die im nächsten Jahr in Oberammergau stattfindenden Festspiele zu wecken sowie für die Bayreuther Festspiele und die Feierlichkeiten anlässlich des 200. Jahrestages des Todes von Johann Sebastian Bach.

### Der Bundespräsident in Nürnberg

Nürnberg (TP). Im Anschluß an seinen Besuch in München traf Bundespräsident Professor Heuss am Freitag in Begleitung von Ministerpräsident Ehard und Kultminister Hundhammer in Nürnberg ein. Oberbürgermeister Dr. Ziebill begrüßte den Bundespräsidenten im Rathaus. Anschließend trat sich Professor Heuss in das Goldene Buch der Stadt ein. Während seines ersten Staatsbesuches in Bayern hatte der Bundespräsident auch die Stadt Augsburg besucht.

US-Militärgerichte verzichten auf Todesstrafe. Amerikanische Militärgerichte werden, wenn sie nach deutschem Recht urteilen, gemäß dem Grundgesetz keine Todesstrafe mehr aussprechen. (TP)

### Keine Kompensationsgeschäfte mehr

Kompensationsgeschäfte sind im Rahmen der Handelsverträge Westdeutschlands mit den Marshallplan-Ländern nicht mehr vorgesehen. Die Abwicklung von Kompensationsgeschäften wird sich, sofern die Notwendigkeit dafür besteht, auf die Oststaaten und auf solche Länder beschränken, mit denen Westdeutschland keine regulären Handelsverträge abgeschlossen hat. (VWD)

### Für Erhöhung der Treibstoffzufuhr

Nach einem Beschluß des Verkehrsausschusses der hessischen Industrie- und Handelskammern ist den hessischen Bundestagsabgeordneten nahegelegt worden, sich für eine Erhöhung der Treibstoffzufuhr einzusetzen, da nach Abzweigung der Treibstoffzufuhr für die Bundesbahn, Post usw. für die deutsche Wirtschaft nur ein kleiner Rest verbleibt. In dem Beschluß wird zum Ausdruck gebracht, daß der Wiederaufbau der europäischen Friedenswirtschaft im Rahmen des Marshallplans durch mangelnde Treibstoffzufuhr im hessischen Wirtschaftsgebiet verzögert wird. Bei einer Treibstoffzufuhr von nur 17 Litern (pro Kopf der Bevölkerung) gegenüber beispielsweise 117 Litern in England und 920 Litern in Nordamerika könne der legale Bedarf nur zu einem Bruchteil gedeckt werden. (VWD)

### Soforthilfegesetz auch in Baden rechtskräftig

Das Soforthilfegesetz hat nun auch in Baden Rechtskraft erlangt. Es trägt die Bezeichnung „Landesgesetz zur Linderung dringenden sozialen Notstandes“. In Rheinland-Pfalz und in Württemberg-Hohenzollern war das Soforthilfegesetz am 6. September in Kraft getreten. Es gilt nunmehr für alle Länder des Bundesgebietes. (TP)

### Unbefriedigende Tabakernte in Baden

Die Tabakernte in Nordbaden ist nahezu abgeschlossen. Infolge der langanhaltenden Trockenheit haben sowohl die Größe als auch die Qualität der Gewächse stark gelitten, so daß die Ernteergebnisse teilweise als sehr unbefriedigend bezeichnet werden.

# 500 000 Kinder ohne Väter

## Das Problem der „Besatzungskinder“

(PRD) Unter den Hinterlassenschaften des vergangenen Krieges stellt das Problem der „Besatzungskinder“ ein besonderes Kapitel dar. Nach einer Statistik vom Herbst 1948 sind bis zu diesem Zeitpunkt allein in Deutschland 60 000 uneheliche Kinder zur Welt gekommen, deren Väter als ehemalige ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene registriert sind. Aus einer Mitteilung der amerikanischen Wochenzeitschrift „News Weeks“ geht hervor, daß im Sommer 1947 die Zahl der Kinder von amerikanischen Soldaten und deutschen Mädchen und Frauen auf 52 000 beziffert wurde. In Anbetracht der ähnlichen Verhältnisse in den anderen Zonen dürfte daher die Gesamtzahl der Besatzungskinder in Deutschland mit 200 000 eher zu niedrig, als zu hoch veranschlagt sein. Hinzu kommen die bekannt gewordenen, registrierten Fälle im übrigen Europa: In Schottland sollen 3000 Kinder von polnischen Vätern existieren, in England 12 000 von Kanadiern und über 20 000 von Amerikanern, in Italien weit über 10 000 von Deutschen, Engländern, Australiern, Neu-

seeländern und Franzosen. Die abziehenden deutschen Truppen hinterließen in Holland 12 000 Kinder, in Frankreich 10 000 und in Norwegen 8 000. Dabei liegen jedoch noch keine Angaben über andere Länder vor. So vor allem nicht über Osteuropa und das europäische Rußland. Die Zahl von 500 000 Kindern ohne Väter dürfte daher auch den tatsächlichen Verhältnissen noch in keiner Weise gerecht werden.

Nun stehen hinter diesen Zahlen sehr oft so große menschliche Tragödien, daß es eigentlich am besten wäre, darüber zu schweigen. Doch diese Kinder lassen sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen. Vor allem nicht durch bürgerliche Bedenken. Und sind sie nicht gerade ein Beweis dafür, wie wenig von dieser angeblichen Bürgerlichkeit noch übrig geblieben ist? Es ist verständlich, daß unter ganzen Armeen junger Menschen überall genügend Männer zu finden sind, denen die Parole, das gefährliche Dasein zu nützen, solange es geht, zur Lebensdevise wird. Alle militärischen Vorschriften werden dabei nicht verhindern können, daß diese Art von „Liebe“ allenthalben üppig ins Kraut schießt.

Ein besonders schwieriges Problem ist auch mit den Mulattenkindern gegeben, von denen allein in der amerikanischen Zone über 3000 gezählt werden. Außer den Rote-Kreuz- und Caritas-Verbindungen nahm sich besonders ein amerikanischer Negerkaplan aus eigener Initiative dieser Kinder an. Er richtete in größeren Städten der amerikanischen Zone Heime für Kinder ein, deren Väter Negerdaten sind.

Im großen Ganzen kümmert sich jedoch kein Mensch weder um die Kinder noch um die Mütter. Die Militärbehörden lehnen es ab, sofern sich der Vater nicht bereit erklärt, freiwillig für die Erziehung seines Kindes Sorge zu tragen. Das ist aber nur selten der Fall. Kriegs- und Nachkriegsjahre haben die Väter aus aller Herren Länder hergetragen — und wieder fort in die Fremde geführt. Zurück blieben lediglich junge, unglückliche Mütter und in Anbetracht dieser Verhältnisse noch unglücklichere Kinder, deren Zukunftsaussichten alles ander als erfreulich sind. Michael Brant

# Südwestdeutsche Nachrichten

### Funkhaus-Besprechungen in Karlsruhe

Karlsruhe (SWK). Am Donnerstag kamen Mitglieder des Verwaltungsrates des Süddeutschen Rundfunks mit führenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung Karlsruhe zu einer Besprechung zusammen. An der Sitzung nahmen u. a. teil: Oberbürgermeister Friedrich Töpfer sowie die Bürgermeister Heurich und Dr. Bail. Nach eingehender Aussprache, zu der die Presse nicht geladen war, besichtigten die Sitzungsteilnehmer gemeinsam ein für die Errichtung des neuen Hauses von Radio Stuttgart geeignet erscheinendes Gelände hinter dem Karlsruher Studentenhaus am nördlichen Parkring. Wie verlautet, dienle die zwanglose interne Besprechung einer verbindlichen Erörterung der seitens der Stadtverwaltung Karlsruhe den Rundfunkinstanzen im einzelnen unterbreiteten Vorschläge. Irgendwelche Beschlüsse oder Abmachungen konkreter Art wurden nicht getroffen. Die Dinge sind noch im Fluß, und das Wettrennen zwischen Stuttgart, Karlsruhe und Ludwigsburg ist durchaus noch nicht entschieden.

### Neuer Präsident der EBD Karlsruhe

Karlsruhe (SWK). Im Rahmen einer kurzen Feierstunde wurde hier der neue Präsident der Eisenbahndirektion Karlsruhe, Dr. Emil Eisele, durch Generaldirektor Bauer von den Südwestdeutschen Eisenbahnen in sein Amt eingeführt. Der neue Präsident war bisher als Vizepräsident und Oberverkehrsleiter des Betriebes Süd in Stuttgart tätig.

### Nordbadischer Frauenverband tagte

Heidelberg (SWK). Der Landesverband Nordbaden der überparteilichen Frauenorganisation hielt hier eine außerordentliche Tagung ab. Sie sollte in erster Linie der Wahl einer Anzahl nordbadischer Delegierter für die vom 7. bis 10. Oktober in Bad Pyrmont stattfindende Gründungsversammlung des „Deutschen Frauen-Ringes“ dienen. Die Delegierten der acht nordbadischen Ortsgruppen des Landesverbandes wählte folgende Vertreterinnen: Frau Himmelheber (Karlsruhe), Frä. Dr. Roth (Karlsruhe), Frau Dr. Krahl (Heidelberg), Frau Dr. Rebstein (Mannheim) und Frau Dr. Dörrenbach (Mosbach).

### Wohleb spricht in Heidelberg

Heidelberg (SWK). Auf einer von der „Jungen Union“ Heidelberg veranstalteten Kundgebung wird am 12. Oktober der Präsident von Südbaden, Staatspräsident Wohleb, über das Thema „Südweststaat und Wiedervereinigung von Nord- und Südbaden“ das Wort ergreifen.

### „Lustig ist die Schäfer...“

M. Pforzheim. Bei einer Trauung in der Gemeinde Dürren trugen alle auf dem Standesamt anwesenden Personen den Familiennamen „Schäfer“. Die Braut war eine georene Schäfer, sie wird also auch künftig ihren Mädchennamen tragen können, die beiden Trauzeugen hießen ebenfalls Schäfer, und schließlich trug auch noch der Standesbeamte, der gleichzeitig Bürgermeister der Gemeinde Dürren ist, den Namen Schäfer.

### Neuer Lohnarif für graphisches Gewerbe

Für das graphische Gewerbe im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wurde jetzt in Stuttgart ein neuer Lohnarif festgelegt, der am 1. November 1949 in Kraft tritt. Zur Belegung von Streitfällen wurden Landes- und Zentralschiedsgerichte gebildet. (VWD)

### Ein englisches Pfund = 11,76 Westmark

Am Londoner Devisenmarkt wurden zum ersten Mal seit der Pfundabwertung Währungsnotierte, die in der letzten Zeit ihre Wechselkurse geändert hatten. Für ein Pfund wurden 11,76 Westmark notiert. (TP)

### Pariser Automobilausstellung eröffnet

Die 36. Pariser Automobilausstellung wurde am Donnerstag eröffnet. In wenigen Stunden waren fast alle britischen Wagen der neun Ausstellerfirmen verkauft. Vor mehreren der britischen Verkaufstände standen die Käufer Schlange. Deutsche Wagen werden zum ersten Male seit Kriegsende ausgestellt. Sie können aber wegen der z. Z. bestehenden Handelsbeschränkungen nicht im Ausland verkauft werden. (TP)

# Die geheimnisvolle Festung

### Fort Knox, der größte Tresor der Welt — Goldbarren hinter Stahl- und Betonmauern

Fort Knox gibt der amerikanischen Politik Meinung und Inhalt, denn die riesige Anlage enthält für Milliarden reines Gold, das eine Grundlage für die ökonomische Macht der USA bildet.

Das Fort liegt auf einem Hügel in dem amerikanischen Staat Kentucky. Es ist wohl die bestbewachte Festung der Welt, von doppelten Stahlgittern umgeben, die Nacht für Nacht in Scheinwerferlicht gebadet liegen. Ringum befinden sich Wachtürme, von denen aus das Gelände mit MGs bestrichen werden kann, und von denen ein Zutritt zum Hauptgebäude nur durch unterirdische Gänge möglich ist. Jeder Turm ist eine Festungseinheit für sich. Der Posten des Turmes ist ganz isoliert und hat Verpflegung und Munition für mehrere Tage Belagerung.

Schon einen Kilometer von Fort Knox entfernt findet man Schilder mit der Aufschrift „Lebensgefahr, Zutritt verboten“. Kommt man aber trotzdem näher, liest man ein neues Schild „Halt, teilen sie Ihren Auftrag durch den Lautsprecher mit, bewegen sie sich nicht ohne Genehmigung!“

Wenn man zum Haupttor kommt, entdeckt man, daß der eigentliche Haupteingang ein 26 Tonnen schweres Stahlrohr ist, das nur geöffnet werden kann, wenn zwei bestimmte Funktionäre des Finanzministeriums gleichzeitig eintreffen, jeder mit seiner Hälfte einer Kombination. Gleichzeitig öffnen sie das Schloß, dessen Zeiteinstellung jeden Tag anders ist. Es funktioniert in dem Augenblick, wo die Kombination eingesetzt wird.

Hinter dem Stahlrohr liegen unterirdische Gänge unter 5 Meter dicken Zement- und Stahlmauern. Die Goldbarren befinden sich in 28 Saferäumen, verteilt in zwei Etagen. Jeder Goldbarren hat einen Wert von 35 000 DM. Die Tür zu jedem Saferaum ist versiegelt und alle Räume sind luftdicht. Überall in dem Gebäude, das Tag und Nacht von 60 Soldaten bewacht wird, die ganz gleich wann, Verstärkung von einer 20 000 Mann starken Garnison in der Nähe holen können, findet man Alarmeräte. In den Wänden der Saferäume befinden sich versteckte Mikrophone, die jeden Laut zur Wachstube übermitteln. Außerdem sind Kurzwellenanlagen vorhanden, die verwendet werden können, wenn die Telefonleitung durchschnitten werden sollte. Die Goldfestung verfügt weiterhin über ein eigenes Kraftwerk, ein Wasserwerk und einen großen Vorrat an Lebensmitteln, damit sie eine halbjährige Belagerung aushalten kann. Zur Ausrüstung jedes Mannes gehören Gasmaske und Anordnungen, wie man Bakterienangriffen widersteht.

In unregelmäßigen Zwischenräumen besuchen Vertreter des Finanzministeriums in Washington Fort Knox, wo sie ein oder zwei Saferäume öffnen, um zu sehen, ob das Gold noch da ist. Aber an und für sich ist es wohl wahr, was ein amerikanischer Senator einmal während einer Debatte sagte: „Wir rechnen natürlich damit, daß das Gold sich immer in Fort Knox befindet. Sollte es aber nicht da sein und niemand diesen Mangel entdecken, wäre es ja auch gleichgültig.“

# 75 Jahre Weltpostverein

Die Bedeutung der Unterzeichnung des Allgemeinen Postvereinsvertrages am 9. Oktober 1874 — also vor 75 Jahren — wird nirgends besser erkannt und gewürdigt werden als in Deutschland. Was heute mühsam aus den Scherben der letzten Vergangenheit wieder zusammengefügt wird, war damals, am 9. Oktober 1874 vornehmlich die Tat eines Mannes, des Generalpostmeisters des Deutschen Reiches, Heinrich Stephan.

Stephan hatte die Erfahrungen, die er als Geheimer Oberpostrat im Generalpostamt bei den Verhandlungen über die Vereinheitlichung des Postwesens im Deutschen Bund gewonnen hatte, im Jahre 1868 in einer „Denkschrift, betreffend den allgemeinen Postkongreß“ niedergelegt. Die Schaffung einer einheitlichen Briefgebühr, einheitliche Gewichtsbestimmungen, einheitliche Abrechnung der Briefpostgebühren und die Abschaffung des Durchgangsgebühren waren die Punkte, auf die sie sich, wie auch später der allgemeine Postvereinsvertrag, weise beschränkte.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß für den Briefverkehr der damaligen Zeit nicht nur die Staats-, sondern auch die Ländergrenzen Gebiete verschiedener Währungen gegeneinander grenzten. Die Gewichtseinheiten stimmten nicht überein, so daß z. B. in der deutschen Ländern und in Österreich die Gebühr von Lot zu Lot, in Großbritannien von 1/2 zu 1/2 Unze, in Frankreich von 10 zu 10 Gramm in Spanien von 7 1/2 zu 7 1/2 Gramm bemessen war. Aber auch im innerdeutschen Postverkehr waren Mitte des vergangenen Jahrhunderts noch rund 2000 Brieftaxen gültig!

Im deutsch-österreichischen Postvertrag von 6. 4. 1850 schafften Preußen und Österreich diesen Wirrwarr ab. Auf der Pariser Konferenz von 1863, auf der 17 amerikanische und europäische Staaten vertreten waren, würder gemeinsame Richtlinien für die Regelung des gegenseitigen postalischen Beziehungen ausgearbeitet, ohne daß es jedoch zu einer praktischen Verständigung über die Vereinheitlichung der Briefgebühren kam.

Hier hakte nun Generalpostmeister Sephar ein. Ihm gebührt das Verdienst als erster den Gedanken des allgemeinen Welt-Postvereins nicht nur vorgebracht, sondern auch mit Nachdruck verfolgt zu haben. Endlich am 15. September 1874 war es so weit daß auf Einladung der schweizer Regierung die Bevollmächtigten von 22 europäischer

Staaten, der Vereinigten Staaten und von Ägypten in Bern zu dem Post-Kongreß zusammentraten.

Der stephansche Entwurf — er enthielt nur 14 Artikel — war in fachlicher und in diplomatischer Hinsicht ein Meisterwerk. Er gewährte soviel Freiheiten, daß auch die Regierungen, die im Postregal ein Mittel zur Stützung der Staatsfinanzen sahen, oder auch eifersüchtig auf die Wahrung ihrer Souveränität bedacht waren, ihm unbedenklich zustimmen konnten. Im übrigen waren die Vorschläge so zweckmäßig, daß ihre Annahme sofort praktische Erfolge zeitigen mußte. Stephan wurde zum Vorsitzenden der Commission Générale gewählt. Am 9. Oktober 1874 unterzeichneten alle vertretenen Länder das Schlußprotokoll zum „allgemeinen Postvereinsvertrag“. Frankreich trat am 3. Mai 1875 dem Abkommen bei. Zu den ursprünglichen Unterzeichnern gehören: Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Montenegro, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Türkei (einschl. Bosnien, Herzegowina und Bulgarien), Ungarn, Ägypten und die Vereinigten Staaten.

Bereits auf dem ersten Kongreß im Jahre 1878 in Paris schlossen sich 16 Staaten dem „Allgemeinen Postverein“ an, so daß die Namensgebung „Weltpostverein“ nunmehr zu recht bestand. Nach 25jährigem Bestehen gehörten dem Weltpostverein alle Länder der Welt mit geordnetem Postwesen an. Auf dem Weltpostkongreß 1947 in Paris waren 87 Vertragsstaaten vertreten.

Nicht nur räumlich, auch inhaltlich ist das Vertragswerk sehr viel umfassender geworden. 1878 ist der Vertrag auf Wertbriefe und Postanweisungen, 1890 auf Pakete, 5 Jahre später auf den Postauftrag, 1891 auf das Postzeitungswesen, 1920 auf die Postüberweisungen, 7 Jahre später auf den Luftpostverkehr für Briefe und schließlich 1934 auf den Postreisescheck und 1947 auf den Nachnahmedienst ausgedehnt worden. Für die internationale Regelung der in Frage kommenden Zweige des Postverkehrs steht nur noch der Postsparkassendienst aus. Auch dieser jüngste Zweig des Postwesens dürfte auf Grund eines bereits ausgearbeiteten deutschen Entwurfes auf dem nächsten Weltpostkongreß in das Vertragswerk einbezogen werden.